

## Meinungen

Replik

# Gläubige Christen unter Druck

Die Medien vermitteln von bekennenden Christen oft ein wenig schmeichelhaftes Bild.

**Béatrice Acklin Zimmermann**  
und **Bruno Bader**

Unlängst hat im «Bund» negativ zu reden gegeben, dass der neue Generalsekretär von Bundesrat Albert Rösti ein gläubiger Christ und Mitglied einer Freikirche sei. Dass die Medien den christlichen Glauben des designierten Generalsekretärs Yves Bichsel an die grosse Glocke mit despektierlichem Grundton hängten, ist insofern erstaunlich, als es in einem freiheitlichen Staat die ganz persönliche Sache jedes und jeder Einzelnen ist, ob und woran er oder sie glaubt.

Was in Bezug auf Gläubige anderer Religionen zu Recht eingefordert wird: dass ihnen mit Respekt zu begegnen sei, gilt offensichtlich nicht im gleichen Masse für gläubige Christen. Während Kritik an gläubigen Moslems reflexartig als rassistisch etikettiert wird, dürfen sich die Medien offensichtlich ungehört über gläubige Christen lustig machen. Man stelle sich den Aufschrei der Öffentlichkeit vor, wenn dieselbe mediale Kritik einem gläubigen Moslem gegolten hätte.

Die Tendenz, dass die Öffentlichkeit bekennenden Christen mit Unverständnis bis hin zu vehementer Ablehnung begegnet, gewinnt zusehends an Fahrt. Man schaue sich nur an, wie die Medien über Politiker, die sich zu ihrem christlichen Glauben bekennen, berichten: Da wird ein Regierungsrat als «unerbittlicher Christ», ein Parteipräsident als «scheinheiliger Kreuzritter» und ein Verbandsdirektor als «Partner von Gott und Kapital» tituliert. Ganz abgesehen vom Freikirchen-Bashing ist das Bild, das die Medien von bekennenden Christen vermitteln, meist wenig schmeichelhaft.

Wer in der Öffentlichkeit zu seinem christlichen Glauben steht, gilt schnell als rückständig und als fundamentalistischer Eiferer. Das Weltbild eines bekennenden Christen scheint vielen abstrus und defizitär zu sein. Und wer es wagt, aus religiöser Überzeugung unpopuläre Meinungen zu vertreten und sich etwa gegen den assistierten Suizid oder die gleichgeschlechtliche Ehe auszusprechen, wird umgehend als Frömler, christlicher Fundi und rechter Hetzer

denunziert. Aus Angst vor feindseligen Reaktionen vermeidet es deshalb so manch gläubiger Christ im Gespräch oder in den sozialen Medien, zu kontroversen Fragen Stellung zu beziehen.

Das muss zu denken geben. Oder gilt die viel beschworene Toleranz nur denen, die sich dem Gesinnungsdiktat der selbst ernannten Aufklärer unterwerfen? Gilt sie nicht in gleicher Weise auch gläubigen Christen, die nicht auf der Welle des Zeitgeistes surfen? Und weil in einer offenen Gesellschaft das Nein als Kern der Freiheit wichtiger ist als das Ja: Gilt die uneingeschränkte Meinungsfreiheit nicht auch jenen unbequemen Geistern, die an das glauben, was für viele unglaublich ist? Wie genau nehmen es jene, die in gläubigen Christen das personifizierte Mittelalter zu erkennen meinen, mit der Freiheit Andersdenkender und Andersglaubender? Wo bleibt ihre «Wokeness», ihre Wachsamkeit, wenn es um Sensibilität und Respekt gegenüber bekennenden Christen geht?

Es berührt eigenartig, dass ausgerechnet die, die sich in

ihren Blättern unablässig als Moralisten aufspielen, von einem geradezu unheiligen Eifer getrieben sind, wenn es darum geht, gläubige Christen verächtlich zu machen. Jene, die gegen Muslime hetzen und sie unter Generalverdacht stellen, und denen, die bekennenden Christen mit Ablehnung begegnen, ist eines gemeinsam: Beide wissen nicht zu unterscheiden zwischen der aufgeklärten Kritik an einer Religion und der Diffamierung von Menschen, die einem Glauben anhängen. Dabei müssten doch gerade die selbst ernannten Aufklärer inner- und ausserhalb der Medienhäuser wissen, dass es in dieser Gesellschaft ohne das Christentum weder eine Aufklärung noch eine Demokratie geben würde. Nur schon deshalb möchte man ihnen zuzurufen: Das bisschen Glauben der immer weniger werdenden Christen werdet ihr wohl doch noch ertragen können!

Béatrice Acklin Zimmermann ist Geschäftsführerin von Liberethica, einem Think Tank, der sich mit ethischen Fragen in Wirtschaft und Politik befasst. Bruno Bader ist Pfarrer in Saanen/Gsteig.

## Es muss auch wehtun

Der Bundesrat muss durchgreifen – etwa bei der Witwenrente.

**Konrad Staehelin**

Ob Individualbesteuerung, familienexterne Kinderbetreuung, Erhöhung der Armeeausgaben oder der Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative: Auf den Bund kommen in den nächsten Jahren Milliarden an Mehrausgaben zu. Dem Vorwurf von bürgerlicher Seite, das Parlament solle nicht «überborden», ist entgegenzuhalten: Viele dieser Ausgaben sind legitim, teilweise angesichts der Klimakrise oder der Benachteiligung von Frauen im Arbeitsmarkt sogar zwingend. Ein Indiz dafür ist, dass die vier genannten Projekte bis weit ins bürgerliche Lager hinein unterstützt werden oder dort lanciert wurden.

Nun steht also die neue Finanzministerin Karin Keller-Sutter vor der Aufgabe, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren, um die Schuldenbremse einzuhalten. Sie tut das einerseits mit Schlaumeiereien, die keinen genug schmerzen, um dagegen auf die Barrikaden zu gehen. So spricht sie der Armee für den Moment weniger Geld als geplant zu – obwohl sich der Bundesrat noch im Juni für den ursprünglichen, teureren

Vorschlag des Parlaments ausgesprochen hatte. Oder sie finanziert die Hilfe für Ukraine-Flüchtlinge über das ausserordentliche Budget.

Wo das nicht ausreicht, schreckt Keller-Sutter richtigerweise vor schmerzhaften Massnahmen nicht zurück: Es ist davon auszugehen, dass sie einen nächsten Anlauf nehmen wird, die Renten für kinderlose Witwen zu streichen. Dabei handelt es sich um ein Instrument, das nicht erst fragwürdig erscheint, seitdem auch Mütter vermehrt am Erwerbserleben teilhaben.

Politstrategen sprechen in solchen Situationen, in denen die Not einen zu Massnahmen zwingt, die sonst nicht durchsetzbar wären, von einem «Window of Opportunity». Es gäbe dafür eine Reihe weiterer Sparansätze: Die AHV zahlt jährlich 230 Millionen Franken an umstrittenen Kinderrenten an Pensionierte aus. Das Bundespersonal verdient deutlich mehr als vergleichbare Angestellte in der Privatwirtschaft. Wer Geld ausgibt, muss auch zu unpopulären Massnahmen bereit sein. Das ist gute Politik.

ANZEIGE

**ROCK & ROLL**

SC Bern vs. HC Lugano  
19. Februar 2023  
20.00 Uhr, PostFinance Arena  
Komm in den Tempel!

Medienpartner: **BZ** BERNER ZEITUNG

**SC BERN**  
IMMER & EWIG